

Antworten zur Drucksache Nr. F-4022/2006

Ausgaben Verwaltungshaushalt:

S. 68: Hhst. 58050 Städtepartnerschaft/Repräs. 4.000 €
Warum wieder eine Steigerung ? **Antrag:** Reduzierung um 1.000 €

S. 73: Hhst. 58050 Städtepartnerschaft/Repräs. 2.000 €
Wie hoch ist das Rechenergebnis 2005? **Antrag:** Reduzierung um 500 €

Antwort für beide:

00000.58050 für 2005 Plan 3700,00 € / RE: 3.856,99 €

02000.58050 für 2005 Plan 2000,00 € / RE: 2.144,39 €

Es ist aus den Rechenergebnissen zu ersehen, dass die Ansätze für 2005 nicht ausreichend waren. Beide Haushaltsstellen sind im Deckungszähler.

Es wurden in den o.g. Haushaltsstellen die Gutscheine für die Babyfotos, Ausgaben für Blumen, Kränze für verschiedene Anlässe sowie die Kosten für Bewirtung von Gästen bezahlt.

Veranstaltungen wurden durchgeführt und Besuche in der Partnerstadt finanziert, außerdem wurden Vereine unterstützt.

S. 68: Hhst. 58051 Repräs. 4.000 €
Wie hoch ist das Rechenergebnis aus 2005? **Antrag:** Reduzierung um mindestens 500 €

Antwort:

00000.58050 für 2005 Plan 4000,00 € / RE: 3.875,15 €

Es handelt sich um die Ausgaben für den Neujahrsempfang. Erfahrungsgemäß werden dafür Mittel in dieser Höhe benötigt. (RE 2003 3.758,51 € ;RE 2004 4.000,00 €)

Anmerkung zu den Mitteln für Repräsentationen:

In der Gemeindehaushaltsverordnung ist die Veranschlagung von Verfügungsmitteln des Bürgermeister für diesbezügliche Sonderausgaben ausdrücklich geregelt (§ 10 (1) 1. GemHV). Als Richtlinie galt früher ein Umfang von 0,5 v. T. der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes, d. h. für 2006 wären das 16.582,00 €. Der tatsächliche HH-Ansatz beträgt nur 3.000,00 €. Die Stadt beschränkt sich in ihren Repräsentationsausgaben also sehr.

S. 73: Hhst. 40000 Personalausgaben 741.700 €
Warum eine Steigerung um 8 T € ?

Antwort:

Der Haustarif zur Arbeitszeitverkürzung bewirkt im Hauptamt keine Einsparung von 5%, da bereits im Jahr 2005 45% der Angestellten teilzeitbeschäftigt waren.

Mehrausgaben ergeben sich durch die Erhöhung der Anzahl AZUBI von 6 im Jahr 2004/2005 auf 8 im Jahr 2005/2006.

S. 73: Hhst. 46 000 Personalnebenausgaben 1.700 €
Warum eine Steigerung um 900 €?

Antwort:

Gegenüber dem Haushaltsjahr 2005 erhöht sich die Anzahl der Anspruchsberechtigten auf Jubiläumszuwendungen von 2 auf 5 (§ 23 Abs. 2 TVöD).

S. 73: Hhst. 46500 Umzugskosten, Fahrkostenzuschüsse 3.000 €
Warum diese Ausgabe?

Antwort:

Aufgrund des Ausscheidens des bisherigen Mitarbeiters im Stadttheater und Neubesetzung der Stelle ergeben sich aus dem geforderten Bezug der Dienstwohnung Ansprüche gemäß § 3 BUKG auf eine Kostenerstattung.

S. 73: Hhst. 54000 Bewirtschaftung der Grundstücke 70.700 €
Warum eine Steigerung um 1 600 €?

Antwort:

- Preiserhöhung für Gas und Fernwärme
- neu im Plan aufgenommen Heizöl für die Einrichtung Dahmer Str. 52, da das Hauptamt Räumlichkeiten in diesem Objekt nutzt.

S. 73: Hhst. 65020 Bürobedarf für alle Ämter 19.000 €
Wie hoch ist das Rechenergebnis 2005? Steigerung zu 2004 um 6 T €. 15 T € sollten auch ausreichen. Einsparpotential: 4 T €

Antwort:

2005 wurden 17.141,20 € benötigt. Mit der Umsetzung von Urban-Projekten sind sehr viele Ausschreibungen verbunden. Daraus ergibt sich ein erhöhter Verbrauch von Papier und Versandtaschen. Die Ausschreibungen werden sich 2006 noch erhöhen (Bibliothek im Bahnhof, W.-Seelenbinder-Stadion, Gewerbehof). Eine Reduzierung ist deshalb nicht möglich.

Hhst. 65500 Sachverständigen, Gerichtskosten... 30.000 €
Warum 6 T € mehr zu Rechenergebnis 2004.
Hier sollten 27 T € reichen. Einsparpotential: 3 T €

Antwort:

2005 wurden 45.230,71 € benötigt, 2004 waren es 25.906,23 € und 2003 waren es 66.356,99 €.

Die Inanspruchnahme hängt vom Umfang der Rechtsstreitigkeiten im HH-Jahr ab. Darauf hat die Stadt nur bedingt Einfluss. U. a. werden hier die Ausgaben für gerichtliche Mahnverfahren, Nachlassangelegenheiten, Arbeitsrechtsstreitigkeiten, Regelungen offener Vermögensfragen sowie für Gutachten veranschlagt. Die Höhe hängt insbesondere davon ab, wie viele Bauvorhaben durchgeführt werden, da es in diesem Zusammenhang immer wieder zu Rechtsstreitigkeiten kommt. Die Umsetzung des Urbanprogramms ist mit vielen Baumaßnahmen verbunden. Der Schulumbau ist ebenfalls eine größere Investitionsmaßnahme bei der die verschiedensten Gewerke tätig sind. Aus diesen Gründen ist eine Kürzung der Ausgaben 2006 nicht möglich.

S. 79 Informatik Hhst. 52300 Arbeitsgeräte 69.500 €
Hardwarepreise liegen im Trend nicht der Steigerung.
Warum jedes Jahr die hohen Ausgaben?

Antwort:

Von den geplanten 69.500 EUR werden 42.100,-EUR für bestehende Wartungsverträge benötigt.

Diese setzen sich aus Hardware- und Systemsoftwarewartungsverträgen für die zentralen Server- und Netzwerkkomponenten sowie Softwarepflegeverträgen für die Verwaltungsverfahren (AB-DATA-HKR, AVVISO-Vollstreckung, MESO-Einwohnerverfahren, AUTISTA-Standesamtslösung, BKA1-Wohngeldverfahren, BKA5-Wohnungswesen, OCTOWARE-Gewerbeverfahren, PRODAT-Lohnsoftware, AME-Feuerwehrverfahren, MORE-Bauhofsoftware, TOPOBASE-Geografischen

Informationssystem, PC-WAHL, SOMACOS-Ratsinformationssystem, Internet-Portal+Domainkosten, MORE-Friedhofswesen) zusammen.
Die verbleibenden 25.400 EUR werden für die Unterhaltung von 168 Arbeitsplatz-PC's und Servern, 99 Tintenstrahl-Druckern und 24 Laser-Druckern benötigt.

S. 81: Personalrat Hhst. 40000 Personalausgaben 62 400 €
Warum eine Steigerung um 900 €?. Findet hier das Reduzierungsmodell von 5 % keine Anwendung?

Antwort:

Da die Personalratsvorsitzende im Jahr 2005 bereits freiwillig ihre Arbeitszeit auf 95% reduzierte, ergeben sich im Jahr 2006 keine weiteren Einsparungen durch den Haustarif. Tariflich bedingt ergibt sich sogar eine Personalkostensteigerung.

S. 81: Hhst. 56200 Aus- u. Fortbildung 2000 €
Warum eine Steigerung um 1 T € zum Rechenergebnis 2004? Reduzierung auf 1 T €. Einsparpotential: 1 T €

Antwort:

Im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Tarifvertrages zum 01. Oktober 2005 sowie der Neuwahlen besteht im Jahr 2006 für die Mitglieder des Personalrates ein Mehrbedarf an Aus- und Fortbildung. Gemäß § 46 LPersVG Bbg. hat die Dienststelle die Kosten zu übernehmen.

S. 120: Gleichstellungsbeauftragte Hhst. 40000 Personalausgaben 7.000 €
Ist diese Stelle nicht im Ordnungsamt angesiedelt? Warum diese Ausgabe?

Antwort:

Die betroffene Stelle wird mit einem Anteil von 15% der Personalausgaben der Gleichstellungsbeauftragten zugerechnet, 85% verbleiben beim Ordnungsamt.

S. 126: Internat Gesamtschule Hhst. 50200 Unterhaltung Gebäude 18.000 €
Warum eine Steigerung um 16 T €?

Antwort:

In diesem Gebäude ist eine Erneuerung des Fensteranstrichs dringend geboten, um die Substanz der Fenster zu erhalten und größere Reparaturen abzuwehren.

S. 126: Hhst. 54000 Bewirtschaftung Grundstücke 12.700 €
Warum Steigerung um 2.900 €?

Antwort:

Hier wirkt die Preiserhöhung für Fernwärme.

S.126: Hhst. 54300 Reinigung 3.600 €
Warum eine Steigerung um 1.100 €?

Antwort:

2005 wurden 3.209,07 € benötigt. Im Sommer 2005 wurde eine neue Ausschreibung durchgeführt. Die monatliche Unterhaltsreinigung erhöht sich dadurch von 162,94 € auf 204,15 €.

S. 135/136:Hhst. aller Sportstätten Hhst. 40000 Personalausgaben
Wie kommen die unterschiedlichen Personalausgaben in allen Sportstätten zustande?

Antwort:

Mit Beginn der Freistellungsphase der Altersteilzeitbeschäftigten ergab sich die Notwendigkeit der Umorganisation des Einsatzes der Sport- und Hallenwarte. Statt der bisherigen Zuordnung der Mitarbeiter zu ihrem Einsatzschwerpunkt erfolgt ab 2006 eine prozentuale Aufschlüsselung der Personalkosten auf alle Einrichtungen.

S. 145: Hhst. 66100 Mitgliedsbeiträge

32.100 €

Wie hoch ist das Rechenergebnis 2005? Warum dieser Betrag?

Antwort:

- Es handelt sich um die Beiträge zu den Gewässerunterhaltungsverbänden. Diese werden gemäß Bescheid erhoben.
- Gemäß Bescheid vom 11.01.2005 wurde für 2006 eine Summe in Höhe von 32.100 € eingestellt. Dabei handelt es sich um den Wasser- und Bodenverband Nuthe und den Gewässerunterhaltungsverband Nieplitz. Für 2005 waren es 21.378,97 € für Nuthe und 10.731,62 € für Nieplitz.
- Rechenergebnis 2005 = 32.110,59 €

S. 147: Hhst. 57300 Information/Dokumentation

5.000 €

Warum Steigerung um 2.700 €?

Antwort:

Die GIS-Fachschale bedarf einer ständigen Pflege und Wartung der Straßennamen, Hausnummern und Gebäude. Neu aufzunehmende Datenfelder wie z.Bsp. Denkmalschutz, Löschungen von Grundstücken (Abriss) und grafische Darstellungen sind notwendig.

Neben der ständigen Datenpflege steht insbesondere die Integration der Sanierungs- und Stadtumbaupläne und die Hinterlegung der im Rahmen des durch das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung geforderten Monitoring anfallenden Daten an. Dabei handelt es sich z.B. um die Verknüpfung mit den im Rahmen der Leerstandserhebung erhobenen Daten, und um die grundstücksbezogene Hinterlegung von Informationen über Fördermaßnahmen.

S. 147: Hhst. 59500 Führung Liegenschaft/ Vermessung

5.000 €

Warum Steigerung um 3 T €?

Antwort:

Aufgrund von erforderlichen Vermessungsleistungen für B-Planverfahren, ist ein größerer Finanzbedarf zu sichern.

Die in den vergangenen Haushaltsjahren bereit gestellten Summen waren nicht auskömmlich. Zur Fertigstellung der Bebauungspläne (Siehe HHSt. 61000.65500) sind Aktualisierungen der durch die Vermesser erstellten Planunterlagen und Vermesserbestätigungen über die Richtigkeit der Planunterlage und die Vollziehbarkeit der Festsetzungen erforderlich.

S. 147: Hhst. 65500 Sachverständigen, Gerichtskosten

17.000 €

Warum Steigerung um 15.500 €?

Antwort:

Die Änderung des BauGB führt dazu, das bis Juni 2006 diverse B-Plan-Verfahren abgeschlossen werden müssen. Dies führt zu einem erhöhten Finanzbedarf.

Die in den vergangenen Haushaltsjahren bereit gestellten Summen waren nicht auskömmlich. Dies führte dazu, dass Planungen, die außerhalb der Förderkulissen Stadterneuerung, Stadtumbau oder URBAN lagen, teilweise nur sehr eingeschränkt weiterbearbeitet werden konnten. Nunmehr ist es erforderlich, diverse Bebauungsplanverfahren „nach altem Recht“ bis zum 20.7.2006 abzuschließen. Mit Ablauf dieser Frist würden zusätzliche kostenintensive Verfahrensschritte erforderlich werden. In Einzelfällen würde Planungsrecht sogar erlöschen (Wegfall der Zulässigkeit nach § 33 BauGB). Die vorgesehenen Haushaltsmittel wären auch in der vorgesehenen Höhe nicht auskömmlich, um – wie jahrelang praktiziert – alle Planungen extern zu vergeben. Daher werden seitens des Stadtplanungsamtes, um die Kosten zu minimieren, die Pläne teilweise in Eigenarbeit bearbeitet (z.B. B-Plan

Zapfholzweg I), dies ist jedoch aus Kapazitätsgründen nicht in allen Fällen möglich. Weiterhin ist aufgrund der eingeschränkten technischen Möglichkeiten auch bei den durch das Stadtplanungsamt bearbeiteten Plänen die Inanspruchnahme externer Hilfe erforderlich.

Auch für das beschlossene Änderungsverfahren des Flächennutzungsplanes ist die Inanspruchnahme externer Unterstützung erforderlich.

S. 178: Hhst. Klub "Kleines Feld" Hhst. 54400 Versicherung Gebäude 100 €
Klub ist abgerissen. Warum diese Ausgabe?

Antwort:

Zum Zeitpunkt der Planzarbeiten war das Gebäude noch nicht abgerissen.
Diese Ausgabe entfällt ab 2006.

S. 180: Jänickendorfer Str. 52
Warum Ausgaben für Unterhaltung Gebäude, 500 €
Bewirtschaftung und 200 €
Fernmeldegebühren ? 200 €

Antwort:

Die Stadt muss ihren Eigentümerpflichten nachkommen. Sicherung des Gebäudes, Verkehrssicherungspflicht, Wartung, Sicherung durch Alarmanlage und Aufrechterhaltung der Medienanschlüsse.

Einnahmen Verwaltungshaushalt

S. 122: 45420 Tagespflege 62.000 €
Woher resultieren die höheren Einnahmen von 22 T €?

Antwort:

Bei der Planung wurde die Änderung der Satzung der Stadt Luckenwalde zur Kindertagesbetreuung zum 01.10.2005 und der Anstieg der Kinderzahl in der Tagespflege berücksichtigt. Auf Grund des höheren Bedarfs mussten auch die Ausgaben für die Tagespflege um 70 T€ erhöht werden. (RE 2005= 52.673,17 €)

S.126 Kita "Regenbogen" Hhst. 11000 Elternbeiträge 31.000 €
Woher resultieren die höheren Einnahmen von 6 T €?

Antwort:

Bei der Planung wurde die Änderung der Satzung der Stadt Luckenwalde zur Kindertagesbetreuung zum 01.10.2005 und die Erhöhung der Kinderzahl berücksichtigt. Die Kosten für den Betreuungsaufwand (Personalkosten) mussten auch um 15,3 T€ erhöht werden. (RE 2005 = 28.772,71 €)

Mnestek
Kämmerin